

Karlsruhe trifft die finale Entscheidung

13-jähriger Garzweiler-Rechtsstreit soll morgen vor dem Bundesverfassungsgericht enden

ERKELENZ/KARLSRUHE. Franz-Theo Schurf könnte es egal sein, wie die Richter in Karlsruhe entscheiden – er ist schon umgezogen. Ist es aber nicht. „Ich wünsche mir, dass die Umsiedler dem Konzern RWE nicht mehr ausgeliefert sind“, sagt der vom Tagebau Garzweiler II betroffene Obst- und Gemüsehändler. Zumindest diesen „kleinen Erfolg“ wünscht er den Klägern, vor allem dem standhaften Stephan Pütz. Das Bundesverfassungsgericht entscheidet morgen, ob der Rheinische Braunkohletagebau Garzweiler II Grundrechte verletzt.

Schurf ist mit seinem Hofladen ins neue Dorf Immerath gezogen. Gezwungenermaßen. Das alte wird abgebagert, wegen Garzweiler. Schurf hat mit RWE über die Entschädigung verhandeln müssen, wie alle Anderen. Er spricht über die vielen Ungechtigkeiten, die er schlucken musste. Als er einmal Nein sagte, weil er daran zu ersticken drohte, sei dieser Schlüsselsatz gekommen: „Dann müssen wir eben andere Wege beschreiten.“ Aber wer zieht schon gegen einen solchen Konzern vor Gericht? Stephan Pütz aus Immerath tut es. Er klagt seit vielen Jahren gegen den Tagebau und



Der Braunkohletagebau in Garzweiler. Am Dienstag will das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe sein Urteil über die Enteignungen verkünden.

Foto dpa

fragt: Müssen Menschen wie Franz-Theo Schurf und er selbst ihr Zuhause verlassen, damit RWE an seine Kohle kommt? Pütz sieht sein Grundrecht auf Heimat verletzt, ist durch alle Instanzen gegangen, bis zum Bundesverfassungsgericht.

Allein im Rheinland müssen laut Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND) noch 7000 Menschen wegen der Tagebaue wegziehen, davon 4800 im Bereich Garzweiler. Der Widerstand von Stephan Pütz ist eng verknüpft mit

dem juristischen Kampf des BUND. Seit 13 Jahren klagen die Naturschützer durch alle Instanzen gegen den umstrittenen Tagebau, der 1995 in Nordrhein-Westfalen zu schweren Konflikten in den Koalitionsverhandlungen von Rot-Grün geführt hatte. „Wie auch die Entscheidung ausgeht, der Einsatz wird sich lohnen“, meint BUND-Geschäftsleiter Dirk Jansen. Das Urteil werde Rechtssicherheit bringen, für RWE und für die Betroffenen in den deutschen Tagebaurevie-

ren. Das sieht auch die Stadt Erkelenz so, die durch Garzweiler ein Drittel ihres Stadtgebietes verliert, darunter eben auch den kleinen Ort Immerath.

Nach dem Urteil sei noch lange nicht Schluss mit dem Thema Garzweiler, meint der Beigeordnete Hans-Heiner Gotzen. Die rot-grüne Landesregierung muss im Frühjahr 2014 Farbe bekennen und im Zuge der nächsten Umsiedlung sagen, ob sie den Tagebau für energiepolitisch notwendig hält. dpa